

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
168 · Ausgabe BL·BS · Februar 2017



Dialog oder Lex Handschlag?

KÜRZLICH HAT DER EUROPÄISCHE MENSCHENRECHTSGERICHTSHOF IN STRASSBURG IN EINEM BASLER FALL ENTSCHEIDEN, DASS ISLAMISCHE MÄDCHEN DEN SCHULISCHEN SCHWIMMUNTERRICHT ZU BESUCHEN HABEN. UND DIES, OHNE DASS EIN SPEZIELLER SCHWIMM-ARTIKEL IM GESETZ ODER IN DER VERFASSUNG VERANKERT WÄRE. WELCHE KONSEQUENZEN HAT DAS FÜR DIE SO GENANNTEN «LEX HANDSCHLAG», DIE IM BASELBIET IN DIE VERNEHMLASSUNG GESCHICKT WORDEN IST?

Das Beispiel zeigt: Es soll nicht darum gehen, einzelne Verhaltensweisen oder Werte bzw. die Einhaltung von «hiesig gängigen Ritualen» gesetzlich vorzuschreiben, wie es die Lex Handschlag will. Es genügt, den bestehenden gesetzlichen Grundlagen – unter Beachtung der persönlichen Freiheitsrechte – Nachachtung zu verschaffen.

Damit sind nicht automatisch Differenzen und Auseinandersetzungen aus der Welt geschafft. Vielmehr ist der Boden definiert, auf dem diese stattfinden können. Denn aus langjähriger beruflicher Erfahrung in der Zusammenarbeit mit MigrantInnen und SchweizerInnen wissen wir: Unterschiedliche Lebensformen und Verhaltensweisen gibt es. Arthur Schopenhauer formulierte dies so: Bei gleicher Umgebung lebt doch jeder in einer anderen Welt!

Der Umgang mit anderen Verhaltensweisen ist dann schwierig, wenn wir das «Andere» nicht kennen und so auch nicht beurteilen können, weshalb sich das Gegenüber so verhält. Erst recht, wenn für unver-



Mustafa Atici ist Grossrat und Präsident der SP MigrantInnen Schweiz



Andreas Bammatter ist Landrat und Einwohnerrat Allschwil

brüchlich gehaltene Rituale wie das Begrüssen davon betroffen sind. Es entstehen Unsicherheiten, die entweder ohnmächtig oder machtvoll angegangen werden, zum Beispiel mit einem neuen Gesetzesvorschlag.

Runder Tisch – Koordination für Religionsfragen

Dabei gäbe und gibt es andere Möglichkeiten. Um mit diesen Unsicherheiten menschenwürdig und rechtlich angemessen umzugehen, kann auch auf den Dialog gesetzt werden. So leitet im Kanton Basel-Stadt die Koordinatorin für Religionsfragen, Lilo Roost Vischer, einen «Runden Tisch der Religionen beider Basel». Als anerkannte Respektsperson vermittelt sie regelmässig bei unterschiedlichen Auslegungen unter direktem Einbezug von religiösen Schlüsselpersonen, welche dann wiederum von den betroffenen Parteien anerkannt werden.

Themenfelder, die den Runden Tisch seit Anfang begleiten, sind Fragen zu Schule und Religion. Die Mitglieder setzen sich dafür ein,

dass Kindern religiöses Wissen mit Sorgfalt vermittelt wird. Beide kantonalen Handreichungen für den Umgang mit religiösen Fragen an der öffentlichen Schule wurden am Runden Tisch diskutiert und mit Empfehlungen an die Erziehungsdirektionen BS und BL weitergeleitet. Als wertvolles Hilfsmittel dient dabei auch der Interreligiöse Kalender (www.ir-kalender.ch/fetes.php). Das gemeinsame Wissen fördert das Verständnis für das «Andere» und mindert die Angst vor dem – nun nicht mehr – Unbekannten. Es enthebt uns aber nicht der Aufgabe, die bestehenden Rechte und Pflichten auch rechtlich durchzusetzen, wie das im Fall des Schwimmunterrichts geschehen ist.

Gerade das zeigt aber, dass es nicht nötig ist, schwammige neue gesetzliche Regelungen à la Lex Handschlag zu erlassen.

Erneuter Angriff auf den Bildungsrat



Christoph Hänggi
Präsident der Bildungs-,
Kultur- und Sportkommission
des Landrats

Die bürgerliche Mehrheit des Landrats hat der Regierung im März 2016 den Auftrag erteilt, den Bildungsrat abzuschaffen. Regierungsrätin Monica Gschwind präsentiert nun einen Gesetzesvorschlag, der sich in der Vernehmlassung befindet. Der Bildungsrat, der mit dem Bildungsgesetz von 2002 aus dem Erziehungsrat und dem Berufsbildungsrat hervorgegangen ist, soll durch einen Beirat Bildung ersetzt werden. Dessen Kompetenzen würden aber massiv eingeschränkt. Der Regierungsrat könnte bildungspolitische Weichenstellungen alleine vollziehen und würde in Zukunft neu auch Stunden tafeln und Lehrpläne erlassen, die bisher in die Vollzugszuständigkeit des Bildungsrats gehören. Der Regierungsrat wäre zudem für Entscheide zu Lehrmitteln und Leistungsmessungen massgebend. Das beratende Gremium Beirat Bildung, dessen zehn Mitglieder im Übrigen von der Regierung selbst gewählt würden, hätte lediglich die Möglichkeit der öffentlichen Stellungnahme zuhanden der Regierung.

Erneut wird also versucht, dem gesellschaftlich breit abgestützten Fachgremium Bildungsrat die Entscheidungskompetenz über Bildungsinhalte zu entziehen. Lehrpläne und Stundentafeln sollen zum Spielball politischer Einzelinteressen werden. Mit jedem Wechsel in der Regierung könnten fachlich begründete Entscheide politisch umgestossen werden. Parteipolitische Interessen würden endgültig die Hoheit über

Bildungsinhalte gewinnen. Langfristige Kontinuität garantiert nur der Bildungsrat, weshalb der Schwächung desselben mit aller Vehemenz entgegengetreten werden muss.

Bereits zweimal hat das Baselbieter Stimmvolk in den letzten Jahren den Bildungsrat gestärkt. Am 27. November 2011 wurde eine Entmachtung des Bildungsrates verworfen, und am 5. Juni 2016 hielt der Souverän fest, dass der Bildungsrat für die Einführung des Lehrplans 21 zuständig bleibt. Dieser Entscheid beweist, dass der Bildungsrat weiterhin das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung genießt. Monica Gschwind wäre gut beraten, die anstehenden bildungspolitischen Entscheide zusammen mit dem gesetzlich legitimierten und in Abstimmungen gestärkten Bildungsrat umzusetzen, den sie selbst präsidiert. Statt konstruktiv diesen Weg zu gehen, desavouiert sie dieses Gremium mit der Idee eines weitgehend entmachteten Beirats Bildung. Der von Monica Gschwind angeordnete «Marschhalt» in der Bildungspolitik soll zwar beendet sein. Ich fürchte jedoch, es wird einen erneuten Marschhalt geben, da man sich bald nicht mehr zu gemeinsamen Entscheiden durchringen kann.

7.–9. April 2017: Bildungswochenende der SP Baselland

Wir setzen uns mit Fragen aus unserem politischen Alltag auseinander: Wo steht die Sozialdemokratie heute? Was ist unsere Antwort auf Populismus? Wie soll ein moderner Feminismus aussehen? Wie sieht unsere Migrationspolitik aus? Das Wochenende im Seminar- und Ferienhaus Tannenheim auf dem Balmberg soll uns die Möglichkeit bieten, nach Antworten und Lösungen zu suchen und mit spannenden Inputs nach Hause zu gehen. Diese Veranstaltung ist für SP-Mitglieder, SympathisantInnen, ihre PartnerInnen und Kinder. (Ein Kinderprogramm wird von der SP organisiert.)

Kosten: 90 Franken pro Person, Kinder bis 12 Jahre zahlen 60 Franken

Mehr Infos und Anmeldung über:
www.sp-bl.ch/bildungsweekend

Vize-Präsidium der SP Baselland neu zu besetzen

Aufgrund des Rücktritts von Florian Schreier als Vize-Präsident der SP Baselland ist an der GDV 2017 eines der beiden Vizepräsidien und damit verbunden ein Sitz in der Geschäftsleitung neu zu besetzen. Interessierte senden bis zum 26. Februar ein Motivationsschreiben an Adil Koller (adil.koller@sp-bl.ch, 079 222 03 55).

Florian Schreier sei an dieser Stelle für sein Engagement im Parteipräsidium und in der Geschäftsleitung herzlich gedankt.

Mitmachen in der Wahl- kampfleitung 2019

In knapp zwei Jahren stehen bereits wieder die kantonalen Wahlen an, und gleich darauf folgen die Wahlen in den National- und Ständerat. Zeit, um sich an die Vorbereitung zu machen. Wer Zeit und Interesse hat, sich in der Wahlkampfleitung der SP Baselland zu engagieren, melde sich bei Ruedi Brassel (ruedi.brassel@sp-bl.ch, 079 393 48 49).

AGENDA SP BL

- Dienstag, 21. Februar, 19.30 Uhr
Versammlung SP Therwil mit Input zum Thema EMRK, Gemeindeverwaltung Therwil, Bahnhofstr. 23
- Montag, 27. Februar 2017
SP 60+: Besuch im Bundeshaus in Bern
- Mittwoch, 15. März 2017
Sektionskonferenz in Basel
- Samstag, 18. März 2017
Geschäftsdelegierten-Versammlung in Sissach
- Freitag, 7., bis Sonntag, 9. April 2017
Ein Bildungswochenende auf dem Balmberg über sozialdemokratische Werte. Mit viel Geselligkeit!
Anmeldung über: www.sp-bl.ch/bildungsweekend

Eine grosse Chance für das Kleinbasel: JA zur Sanierung der Kaserne

NACH JAHRZEHNTELANGEM RINGEN WURDE EIN PROJEKT FÜR DIE KASERNE BESCHLOSSEN, DAS ALLE INTERESSEGRUPPEN BERÜCKSICHTIGT. BÜRGERLICHE PARTEIEN HABEN IN DER HITZE DES WAHLKAMPFES DAS REFERENDUM ERGRIFFEN – WEGEN DER ANGEBLICH ZU HOHEN KOSTEN. BIETEN WIR IHNEN DIE STIRN UND LEGEN EIN LAUTES, DEUTLICHES JA FÜR EIN AUFGEWERTETES UND LEBENDIGES KLEINBASEL EIN.



Danielle Kaufmann
Grossrätin und Vorstand
Kaserne

Noch nie in der Geschichte der Kaserne war die Möglichkeit der Metamorphose – von der Militärkaserne über die Schule hin zu einem neuen, zukunftsfähigen Quartier-, Kultur- und Kreativzentrum im Hauptbau der Kaserne – so realistisch wie jetzt. Und noch nie war das langersehnte Ziel einer besseren Durchlässigkeit zwischen Kasernenareal und Rheinbord so nahe. Nach langem und zähem Ringen im Parlament und den beteiligten Kommissionen beschloss der Grosse Rat im September 2016 die Sanierung und den Umbau des Hauptbaus der Kaserne.

Diskussionspunkt: die Kosten

Trotz aller guten Argumente und Kompromisse haben die bürgerlichen Parteien das Referendum gegen die Sanierung ergriffen. Angeblich seien die Kosten von 44,6 Mio. Franken zu hoch. Dabei geht der absolut überwiegende Teil der Kosten (32,6 Mio.) zu Lasten der dringend erforderlichen Sanierung, inklusive Erdbebenertüchtigung und Denkmalpflege. Nur rund 9 Mio. Franken sind zusätzliche Kosten für den seitlichen Durchbruch, für Investitionen in die Kreativwirtschaft, in die Kultur und für das Quartier. Erwähnenswert sind auch die Kosten von 3 Mio. Franken für die Durchführung der Herbstmesse und des Tattoos während der Sanierung. Anders ausgedrückt: Gerade mal ein Fünftel der Kosten wird für den Mehrwert des Umbaus aufgewendet. Der

grösste Teil muss also, will man das historische Gebäude nicht dem Zerfall überlassen, so oder so aufgeworfen werden, da der Hauptbau der Kaserne in die Jahre gekommen ist und dringend saniert werden muss.

Vielfältige Nutzung für Quartier und Kultur

Für die zukünftige Nutzung sieht das Konzept des Regierungsrats einen Drittel des Raums für das Quartier und die Gastronomie vor und zwei Drittel für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Wichtig ist, dass die Räumlichkeiten nicht auf Jahrzehnte fix vermietet werden. Im Gegenteil, es gilt das Prinzip der Rotation. Die Räumlichkeiten werden je nach Nutzung in kürzerem oder längerem Rhythmus neu vermietet. Damit wird der Kasernen-Hauptbau ein belebter Ort, der immer wieder neue Impulse erhält und auch solche ins Quartier ausstrahlt. Für einen guten Mix der Nutzerschaft bei der Vergabe der Räume wird eine breit abgestützte Kommission, mit VertreterInnen aus Verwaltung, Nutzerschaft und dem Quartier, sorgen.

Verpassen wir diese Chance nicht und sagen beherzt JA für ein lebendiges und aufgewertetes Kleinbasel!



Erneuerungswahlen Schulräte und -kommissionen

Im Frühjahr 2017 wählt der Regierungsrat die Mitglieder der Schulräte und -kommissionen für die Legislaturperiode vom 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2021. Die SP hat dank des guten Wahlergebnisses 2016 und der grossen Grossratsfraktion Anspruch auf nicht wenige Sitze in diesen Gremien. Einige bisherige MandatsinhaberInnen treten am Ende Juni 2017 zurück. SP-Mitglieder, die sich neu in der Bildungspolitik engagieren wollen, haben hier also eine gute Möglichkeit, konkret aktiv zu werden.

Interessierte melden sich bitte bis am 16. Februar 2017, 12 Uhr bei Livia Diem (livia.diem@sp-bs.ch) an.

Weitere Informationen findet ihr unter www.sp-bs.ch/erneuerung-schulkommissionen

AGENDA SP BS

- Bis am 11. Februar 2017
Endspurt für die Abstimmungen
- Montag, 20. Februar 2017
Die Reserve-DV wurde abgesagt.
- Samstag, 18. März 2017
Mit einem grossen rot-grünen Wahlfest bedanken wir uns bei allen Mitgliedern für ihr Engagement im Wahlkampf 2016, in der Schleifferei (beim Bahnhof).
Genauere Informationen folgen elektronisch.
- Mittwoch, 29. März 2017, 20 Uhr
Delegiertenversammlung
Unionsaal, Volkshaus Basel

AUS DEM GROSSEN RAT

Verbesserungen im Kleinen: Fraktion setzt sich für sozial Benachteiligte und Obdachlose ein

UNABHÄNGIG VON MEDIALER AUFMERKSAMKEIT, LÄNGST BEVOR DIE NOTSCHLAFSTELLE ÖFFENTLICH ZUM THEMA WURDE, HATTE DIE SP-FRAKTION DREI VORSTÖSSE ZUR THEMATIK DER SOZIAL BENACHTEILIGTEN PERSONEN UND OBDACHLOSEN EINGEREICHT. DENN AUCH IM KLEINEN IST POLITISCHES HANDELN VON BEDEUTUNG.



Beatriz Greuter
Fraktionspräsidentin

Anstoss durch runden Tisch

Nachdem einige SP-Fraktionsmitglieder im Herbst 2016 an einem runden Tisch des Kantons teilgenommen hatten, wurden drei Vorstösse erarbeitet. Natürlich sind die Probleme von sozial benachteiligten Personen und Obdachlosen vielschichtig. Auch unter den Institutionen, welche sich mit der Materie auseinandersetzen, herrscht keine einheitli-

che Meinung. Die SP-Fraktion ist sich dessen sehr bewusst.

Vorstösse mit konkreten Anregungen

Konkret hat Otto Schmid im November mit der Interpellation zur aktuellen Infrastruktur der Notschlafstelle erste kritische Fragen an die Regierung gestellt.

Salome Hofer hat im Dezember einen Antrag eingereicht, der Verbesserungen der prekären Toiletten- und Duschsituationen für obdachlose Personen verlangt. Obdachlose Personen haben heute zu wenig Möglichkeiten, Duschen zu benützen, und die Toiletten sind häufig kostenpflichtig.

Ich habe meinerseits im Dezember einen Antrag eingereicht, welcher noch einmal die Problematik der Notschlafstelle aufnimmt. Die Regierung soll die Schaffung einer neuen

Notschlafstelle mit anderen Zimmeraufteilungen und vor allem auch die Möglichkeit der Mitnahme von Haustieren (z.B. Hunde) neu überdenken. Heute dürfen keine Haustiere mitgenommen werden.

Mehrschichtige Probleme brauchen vielfältige Lösungen

Der SP-Fraktion ist bewusst, dass Themen wie Armut und Obdachlosigkeit auch auf übergeordneter Ebene angegangen werden müssen. Beispielsweise ist es unerlässlich, dass wir weiterhin allgemein für mehr bezahlbaren Wohnraum oder Chancengleichheit in der Bildung kämpfen. Es ist uns aber ein grosses Anliegen, auf verschiedenen Ebenen einzuwirken und die akuten Probleme ebenso anzupacken. Die genannten Vorstösse sind ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

AUS DEM LANDRAT

Mit Herzblut dabei. Zum Rücktritt von Hanni Huggel

Zu Beginn des neuen Jahres hat Hanni Huggel ihren Rücktritt aus dem Landrat bekannt gegeben. In ihrer knapp 14-jährigen Tätigkeit als Landrätin hat Hanni in einer Vielzahl von Kommissionen mitgearbeitet: In der Bau- und Planungskommission, in der Petitionskommission, in der Spezialkommission Parlament und Verwaltung, in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) und in der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. Von 2009–2011 hielt sie ausserdem das wichtige Präsidium der GPK inne.

Schon diese umfangreiche Liste zeigt, dass Hanni Huggel sich vielseitig engagiert und eingebracht hat. Sie war offen für verschiedenste Themen – und immer mit Herzblut dabei. Eine weitere typische Eigenschaft von ihr ist, dass sie stets die Sache, nie sich selber in den Vordergrund stellte. Mit grosser Beharrlichkeit, Sachlichkeit und einer guten Portion Humor hat sie ihr Mandat immer mit sehr viel Engagement wahrgenommen und sich mit tiefer Überzeugung für die sozialdemokratischen Anliegen im Kanton eingesetzt.

Riesig ist auch Hannis ehrenamtliches Engagement, welches sie neben ihrer Tätigkeit als Landrätin immer leistete. So fun-

gierte sie dank ihrer unzähligen wertvollen Verbindungen immer wieder als Brückenbauerin und hat mit ihren vielen Vorstössen zu Themen aus Kultur, Bildung und Präventionsarbeit wichtige Anstösse gegeben.

Abseits der politischen Bühne hat sich Hanni als Präsidentin des FC Landrat für Fairplay und einen guten Umgang miteinander eingesetzt. Unvergesslich sind auch ihre unzähligen Auftritte an Landratsabenden, bei denen Hanni mit spitzer Zunge und ihrem ureigenen Schalk die eine oder andere Schnitzelbank zum Besten gab.

Wir wünschen dir, liebe Hanni, alles Gute für deine Zukunft. Du wirst uns mit deiner humorvollen Art und deinem unermüdlchen Engagement fehlen. Wir freuen uns aber sehr, dass du der SP Baselland und als prägende Person auf Gemeindeebene der SP Münchenstein erhalten bleibst. Wir werden weiterhin gerne auf dich als Beraterin und Vermittlerin zurückgreifen.

Als Nachfolger von Hanni Huggel wird Parteipräsident Adil Koller am 23. Februar in den Landrat nachrücken. Ihm wünschen wir auch in diesem Amt alles Gute!

Miriam Locher, Fraktionspräsidentin



Hanni Huggel beim Vortrag einer Schnitzelbank am Fraktionsausflug.